

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII

Einleitung

A. Gegenstand und Methodik der Untersuchung	1
B. Aufbau des Gedankengangs	3

1. Hauptteil:

Die Problematik der unmittelbaren Wirkung im Strafrecht

A. Überblick zum strafrechtlichen Richtlinieneinfluß	5
B. Die Grundstruktur der Richtlinie	6
I. Die Richtlinie als Teil des Sekundärrechts	6
II. Die Richtlinie als Instrument der Rechtsangleichung	7
III. Die unmittelbare Wirkung	9
C. Die begünstigende unmittelbare Wirkung im Strafrecht	13
I. Die BGH-Entscheidung zur sechsten Umsatzsteuerrichtlinie	13
II. Problemaufriß	15
D. Die belastende Wirkung	15
I. Die Vorlage durch den Pretore di Salò	16
II. Der Fall „Kolpinghuis-Nijmegen“	16
III. Der Fall „Arcaro“	19
IV. Das Meinungsbild in der Literatur	20
V. Problemaufriß	21
VI. Zwischenresümee	36
VII. Die belastende Wirkung im Umweltstrafrecht	38
VIII. Zwischenergebnis und Lösungsansätze	48

2. Hauptteil:

Das Verhältnis des Strafrechts zum Gemeinschaftsrecht

A. Das Verhältnis der Rechtsordnungen	56
I. Fragen der Geltung, der Wirksamkeit, der Anwendbarkeit und des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts	58
II. Konsequenzen	98

B. Die Kompetenz der Gemeinschaft zur eigenständigen Setzung von Strafnormen . . .	103
I. Einleitung	103
II. Methodisches	103
III. Die allgemeine Kompetenzdiskussion	104
IV. Die eine Strafrechtssetzungskompetenz bejahenden Auffassungen	110
V. Die Argumentation der vorherrschenden Meinung	114
VI. Die Erwiderung der Befürworter einer Strafrechtssetzungskompetenz	117
VII. Stellungnahme	118
C. Exkurs: Die Weiterungen der strafrechtsspezifischen Kompetenzlage in dem Zusammenspiel der EG-Verordnung mit dem Strafgesetz	161
I. Einleitung	161
II. Bezugnahmen im Weinstrafrecht	163
III. Bezugnahmen im Fahrpersonalgesetz	167
IV. Konsequenzen für die Gesetzgebung	172
V. Konsequenzen für die Ausdeutung der Einwirkung unmittelbar anwend- baren Sekundärrechts auf das Strafrecht	174
D. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Schaffung von Strafnormen	179
I. Primärrechtlich verankerte Verpflichtungen	180
II. Die allgemeine Verpflichtung zum Schutz gemeinschaftsrechtlicher Interessen	180
III. Die „imperative Anweisungskompetenz“	184
IV. Regelungsintensität	192
E. Das ius non puniendi der Gemeinschaft	196
I. Zur Rechtsprechung des Gerichtshofs	196
II. Zur Kritik an der Rechtsprechung des Gerichtshofs	200
III. Keine vorschnelle Annahme der Unanwendbarkeit des Strafrechts	205
IV. Ergebnis	207

3. Hauptteil:

Die Ausdeutung belastender Folgen der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien im Strafrecht

A. Einleitung	209
B. Problemstellung	209
C. Lösungsansatz: Grundsätzliche Beachtung der gemeinschaftsrechtlichen Pflichten- begründung	211
D. Gesichtspunkte der direkten oder indirekten Strafbegründung durch unmittelbar wirkende Richtlinien	213
I. Die Beeinträchtigung rechtsstaatlicher Prinzipien	213
II. Richtlinienumsetzung und innerstaatliche Entscheidungsprozesse	218
III. Zwischenergebnis	222
IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte	224
V. Zwischenresümee	232
VI. Die fehlende Strafrechtswidrigkeit richtlinienbedingter Pflichtverstöße	233

VII. Begrenzung auf strafbarkeitsbegründende Folgen der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien	245
VIII. Ergebnis	248

4. Hauptteil:

Die begünstigende unmittelbare Wirkung von Richtlinien im Strafrecht

A. Einleitung	249
B. Beispielsfälle einer möglichen begünstigenden unmittelbaren Wirkung im Strafrecht	250
I. Das Steuerstrafrecht	250
II. Das Lebensmittelstrafrecht	250
III. Das Umweltstrafrecht	252
C. Strafrechtliche Grundfragen der begünstigenden unmittelbaren Wirkung	254
I. Allgemeines zur Milderungsproblematik	254
II. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben einer strafrechtlichen Analyse unmittelbar wirkender Richtlinien	260
III. Einordnung im Deliktsaufbau	279
IV. Keine direkte Anwendung des § 2 Abs. 3 StGB	288
V. Analoge Anwendung des § 2 Abs. 3 StGB ?	290
VI. Einzelfragen	300

5. Hauptteil:

Die richtlinienkonforme Auslegung im Strafrecht

A. Einleitung	321
I. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zu § 326 StGB	322
II. Das Meinungsbild im Überblick	326
B. Gemeinschaftsrechtliche Vorfragen	331
I. Die vom Gerichtshof aufgestellten Grundsätze	331
II. Die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben	334
C. Grundfragen richtlinienkonformer Auslegung im Strafrecht	355
I. Verfassungsrechtliche Bindungen	355
II. Das nationale Recht als Ausgangspunkt der richtlinienkonformen Auslegung	359
III. Zur Entscheidung „Kolpinghuis Nijmegen“	362
IV. Zwischenergebnis	367
V. Das Problem detaillierter Richtlinienvorgaben	367
VI. Detaillierte Richtlinienvorgaben aus strafrechtlicher Sicht	370
VII. Ausmaß und Grenzen der richtlinienkonformen Auslegung im Strafrecht	380
D. Die Methodik richtlinienkonformer Auslegung im Strafrecht	397
I. Zur Notwendigkeit methodischer Überlegungen	397
II. Überblick zur Auslegungsmethodik im Gemeinschaftsrecht	397
III. Wiederkehrende Gesichtspunkte der richtlinienkonformen Auslegung	403

IV. Die mehrphasige Auslegung	408
V. Auslegung und Verdrängung	427
E. Was heißt Richtlinienkonformität?	437
I. Einleitung	437
II. Umsetzungsbedingte Auslegungsprobleme des Urheberstrafrechts	438
III. Exkurs: Die Gefahr einer Extension der Strafnorm ohne kriminalpolitische Willensbildung	445
IV. Kein Automatismus einer richtlinienkonformen Auslegung im Strafrecht	449
V. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte	450
VI. Zwischenergebnis	451
VII. Lösungsvorschlag: Das mehrphasige Auslegungsmodell	451
VIII. Zum Inhalt der Vorzugsregel	453
Literaturverzeichnis	467
Sachregister	501

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII

Einleitung

A. Gegenstand und Methodik der Untersuchung	1
B. Aufbau des Gedankengang	3

1. Hauptteil:

Die Problematik der unmittelbaren Wirkung im Strafrecht

A. Überblick zum strafrechtlichen Richtlinieneinfluß	5
B. Die Grundstruktur der Richtlinie	6
I. Die Richtlinie als Teil des Sekundärrechts	6
II. Die Richtlinie als Instrument der Rechtsangleichung	7
III. Die unmittelbare Wirkung	9
C. Die begünstigende unmittelbare Wirkung im Strafrecht	13
I. Die BGH-Entscheidung zur sechsten Umsatzsteuerrichtlinie	13
II. Problemaufriß	15
D. Die belastende Wirkung	15
I. Die Vorlage durch den Pretore di Salò	16
II. Der Fall „Kolpinghuis-Nijmegen“	16
III. Der Fall „Arcaro“	19
IV. Das Meinungsbild in der Literatur	20
V. Problemaufriß	21
1. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten	22
2. Arbeitsschutzrechtliche Richtlinienvorgaben	24
3. Der Einfluß von Arbeitsschutzvorschriften im Strafrecht	27
a. Arbeitsschutzvorschriften als Fahrlässigkeitsmaßstab	27
b. Arbeitsschutzvorschriften und Garantenpflichten	29
aa. Modifizierung des Maßstabs bei öffentlichen Arbeitgebern	31
bb. Die strafrechtliche Haftung einzelner Personen	31
cc. Die Bedeutung der Entscheidung des Gerichtshofs im Fall „Telecom Italia“	32

VI. Zwischenresümee	36
VII. Die belastende Wirkung im Umweltstrafrecht	38
1. Die Grundwasser-Richtlinie	38
2. Die strafbare Gewässerverunreinigung, § 324 StGB	40
a. Strafbarkeit des Amtsträgers?	42
b. Strafbarkeit Privater?	46
VIII. Zwischenergebnis und Lösungsansätze	47
1. Die Unterlassungsdelikte	48
2. Fahrlässigkeitsdelikte	49

2. Hauptteil:

Das Verhältnis des Strafrechts zum Gemeinschaftsrecht

A. Das Verhältnis der Rechtsordnungen	56
I. Fragen der Geltung, der Wirksamkeit, der Anwendbarkeit und des Vorrangs des Gemeinschaftsrechts	58
1. Die unmittelbare Geltung des Gemeinschaftsrechts	58
a. Die unmittelbare Geltung aus der Sicht des Gerichtshofs	58
b. Die unmittelbare Geltung aus der Sicht der Literatur	59
c. Zwischenergebnis	60
d. Geltung und unmittelbare Anwendbarkeit	61
e. Normentheoretische Überlegungen	62
aa. Normative Geltung und Anwendbarkeit	62
bb. Geltung, Anwendbarkeit und Trennung der Rechtsordnungen	64
d. Die innerstaatliche Wirksamkeit	67
aa. Innerstaatliche Wirksamkeit des Primärrechts	67
bb. Innerstaatliche Wirksamkeit des Sekundärrechts	68
cc. Die terminologische Gleichsetzung von innerstaatlicher Wirksamkeit und unmittelbarer Geltung	69
e. Die Frage nach der unmittelbaren Geltung der Richtlinie	71
aa. Überblick	71
bb. Der eigene Standpunkt	74
f. Die Sicht des Bundesverfassungsgerichts	77
g. Zwischenergebnis	77
h. Einordnung der unmittelbaren Wirkung	78
aa. Rechtsreflex	78
bb. Normatives Verständnis	79
cc. Der EG-Verordnung „ähnliche Wirkung“ im Verhältnis des Bürgers zum Staat	80
dd. Der Fall „Großkrotzenburg“	82
ee. Keine umfassende normative Wirkung	84
ff. Zwischenresümee und Rückblick	87
2. Rang und Anwendungsvorrang	87
a. Vorrang des Gemeinschaftsrechts	87

b. Der Anwendungsvorrang	89
c. Die Sicht des Bundesverfassungsgerichts	92
aa. Akzeptanz des Anwendungsvorrangs	93
bb. Teilhabe unmittelbar wirkender Richtlinien am Anwendungs- vorrang	94
cc. Grenzen des Vorrangs	96
II. Konsequenzen	98
 B. Die Kompetenz der Gemeinschaft zur eigenständigen Setzung von Strafnormen . .	103
I. Einleitung	103
II. Methodisches	103
III. Die allgemeine Kompetenzdiskussion	104
1. Die Bußgeldkompetenz	107
2. Repressive Verwaltungsmaßnahmen	107
IV. Die eine Strafrechtssetzungskompetenz bejahenden Auffassungen	110
V. Die Argumentation der vorherrschenden Meinung	114
1. Souveränitätsverzicht und Wortlaut	114
2. Demokratische Legitimation der Rechtssetzungsakte	115
VI. Die Erwidern der Befürworter einer Strafrechtssetzungskompetenz	117
VII. Stellungnahme	118
1. Primärrechtlich herzuleitende Argumente	118
a. Das Wortlautargument	118
b. Strafrechtsspezifische Sonderregelungen im Primärrecht	120
2. Sekundärrechtliche Inbezugnahme nationalen Strafrechts	122
3. Zwischenergebnis	123
4. Die Legitimationsfrage	124
a. Der Hinweis auf Grundrechtseingriffe im EG-Kartellrecht	124
b. Zum Erfordernis einer demokratischen Legitimation des Strafgesetzes	125
c. „Nulla poena sine lege parlamentaria“ als maßgeblicher Grundsatz?	128
d. Legitimationsfrage und Rechtssetzungskompetenz	132
5. Der Vertrag von Maastricht im Lichte des Prinzips der begrenzten Einzel- ermächtigung	135
a. Die Einfügung des Art. 209a EGV v. 1992	135
b. Die dritte Säule von Maastricht	139
c. Zwischenergebnis	141
d. Gegenargumente	141
e. Die Aktivitäten der Gemeinschaftsorgane	142
6. Der Vertrag von Amsterdam im Lichte des Prinzips der begrenzten Einzel- ermächtigung	143
a. Die Befürworter einer partiellen Kompetenz zum Schutz der EG-Finanzinteressen	143
b. Die Gegner einer partiellen Kompetenz zum Schutz der EG-Finanzinteressen	144
c. Kein Kompetenzübergang durch Art. 280 Abs. 4 EGV	145

aa. Offene Fragen der subsidiären Anwendung einer EG-Strafnorm in der Praxis	146
bb. Exkurs: Das Corpus Juris zum Schutz der Finanzinteressen der EU als Modell im Sinne von Art. 280 Abs. 4 EGV?	150
cc. Art. 31 lit. e EUV und Art. 61 EGV	152
dd. Funktion des Art. 280 Abs. 4 EGV	154
7. Würdigung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	156
8. Ergebnis	161
C. Exkurs: Die Weiterungen der strafrechtsspezifischen Kompetenzlage in dem Zusammenspiel der EG-Verordnung mit dem Strafgesetz	161
I. Einleitung	161
II. Bezugnahmen im Weinstrafrecht	163
III. Bezugnahmen im Fahrpersonalgesetz	167
IV. Konsequenzen für die Gesetzgebung	172
V. Konsequenzen für die Ausdeutung der Einwirkung unmittelbar anwend- baren Sekundärrechts auf das Strafrecht	174
D. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Schaffung von Strafnormen	179
I. Primärrechtlich verankerte Verpflichtungen	180
II. Die allgemeine Verpflichtung zum Schutz gemeinschaftsrechtlicher Interessen	180
III. Die „imperative Anweisungskompetenz“	184
IV. Regelungsintensität	192
E. Das ius non puniendi der Gemeinschaft	196
I. Zur Rechtsprechung des Gerichtshofs	196
II. Zur Kritik an der Rechtsprechung des Gerichtshofs	200
III. Keine vorschnelle Annahme der Unanwendbarkeit des Strafrechts	205
IV. Ergebnis	207

3. Hauptteil:

Die Ausdeutung belastender Folgen der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien im Strafrecht

A. Einleitung	209
B. Problemstellung	209
C. Lösungsansatz: Grundsätzliche Beachtung der gemeinschaftsrechtlichen Pflichten- begründung	211
D. Gesichtspunkte der direkten oder indirekten Strafbegründung durch unmittelbar wirkende Richtlinien	213
I. Die Beeinträchtigung rechtsstaatlicher Prinzipien	213
1. Europarechtlich diskutierte Aspekte	213
2. Der Aspekt der Rechtssicherheit aus strafrechtlicher Sicht	215

II. Richtlinienumsetzung und innerstaatliche Entscheidungsprozesse	218
III. Zwischenergebnis	222
IV. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte	224
1. Die Rechtsprechung des Gerichtshofs	224
a. Das widersprüchliche Verhalten des Staates	224
b. Exkurs: Das unrechtmäßige Verhalten als Verfahrenshindernis?	225
c. Der Sanktionsgedanke	226
d. Der Rechtsschutzgedanke	226
e. Der Gedanke des „effet utile“	227
f. Keine Belastung Privater	228
2. Deutung der Rechtsprechung für die Problemlösung	229
V. Zwischenresümee	232
VI. Die fehlende Strafrechtswidrigkeit richtlinienbedingter Pflichtverstöße	233
1. Begründung der fehlenden Rechtswidrigkeit	233
2. Rechtswidrigkeit und Einheit der Rechtsordnung	235
a. Rechtfertigungsgründe	235
b. Außerstrafrechtliche Rechtswidrigkeit und Strafrechtswidrigkeit	237
c. Beispiele diskutierter Teilrechtswidrigkeiten	238
d. Die fehlende Strafrechtswidrigkeit eines Verstoßes gegen unmittelbar wirkende Richtlinieninhalte	242
VII. Begrenzung auf strafbarkeitsbegründende Folgen der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien	245
1. Verwaltungsakzessorische Straftatbestände	245
2. Beachtlichkeit der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien	247
VI. Ergebnis	248

4. Hauptteil:

Die begünstigende unmittelbare Wirkung von Richtlinien im Strafrecht

A. Einleitung	249
B. Beispielsfälle einer möglichen begünstigenden unmittelbaren Wirkung im Strafrecht	250
I. Das Steuerstrafrecht	250
II. Das Lebensmittelstrafrecht	250
III. Das Umweltstrafrecht	252
C. Strafrechtliche Grundfragen der begünstigenden unmittelbaren Wirkung	254
I. Allgemeines zur Milderungsproblematik	254
1. Die vorherrschende Meinung	254
2. Die „staatsrechtlich“ argumentierende Minderheitsmeinung	257
3. Die Bedeutung der unterschiedlichen Ansätze	258
II. Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben einer strafrechtlichen Analyse unmittelbar wirkender Richtlinien	260
1. Der Fall „Lemmens“	260

2. Der Fall „Bordessa“	265
a. Die Milderungsproblematik im Fall Bordessa	265
b. Bestätigung der „Bordessa“-Entscheidung im Fall „Awoyemi“	267
c. Würdigung der „Bordessa“-Entscheidung im Lichte der Fälle „Skanavi“ und „Allain“	268
d. Vorverlagerung der unmittelbaren Wirkung	270
3. Der Fall „Kloppenburg“	270
a. Die Verlängerung der Umsetzungsfrist	270
b. Problemtiefe	271
c. Individuell-konkrete Voraussetzungen der unmittelbaren Wirkung	272
4. Der Fall „Ratti“	275
5. Zwischenergebnis	277
III. Einordnung im Deliktsaufbau	279
1. Die unmittelbare Wirkung als Erlaubnistatbestand	279
2. Konkurrierendes Recht mit Vorrangregel	280
3. Ungeschriebener Strafaufhebungs- oder Strafausschließungsgrund	281
4. Nicht tatbestandsmäßige Handlung	283
5. Lösungsvorschlag	283
a. Die Spaltung von Geltung und Anwendbarkeit der Strafnorm	283
b. Inkorporation der Vorrangwirkung	284
c. Die unmittelbare Wirkung als ungeschriebener Tatbestandsausschluß	285
IV. Keine direkte Anwendung des § 2 Abs. 3 StGB	288
V. Analoge Anwendung des § 2 Abs. 3 StGB?	290
1. Praktische Bedeutung der Fragestellung	291
2. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte	292
3. Innerstaatliche Argumente	293
4. Lösungsvorschlag	294
a. Richtlinienpezifische Aspekte	295
b. Eingriff in die Gewalt der Legislative	296
c. Kein Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 GG	298
5. Zwischenergebnis	299
6. Sonderfall: Endgültiger Wegfall der Strafbarkeit	299
VI. Einzelfragen	300
1. Methodisches	300
2. Die strafrechtliche Produkthaftung im Lichte der unmittelbaren Wirkung	300
a. Das Beispiel des Umweltgiftes PCP im nationalen und gemeinschafts- rechtlichen Kontext	301
b. Grenzwertfestlegungen und unmittelbare Wirkung	302
c. Erhöhung der Schwelle zur unerlaubten Gefahr	303
d. Strafrechtliche Produkthaftung	303
e. Ergebnis	305
3. Strafrechtliche Rechtsfolgen unterlassener Notifizierungen	306
a. Zur Notifizierung nationalen Rechts	306

b. Das strafrechtliche Problem	309
c. Lösungsvorschlag	309
4. Verwaltungsakzessorische Straftatbestände	311
a. Der Fall „Pieck“	311
b. Denkbare Probleme bei verwaltungsakzessorischen Tatbeständen	313
c. Lösungsvorschlag	315
d. Ergebnis	319

5. Hauptteil:

Die richtlinienkonforme Auslegung im Strafrecht

A. Einleitung	321
I. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zu § 326 StGB	322
II. Das Meinungsbild im Überblick	326
1. Die Rechtsprechung	326
2. Die Literatur	327
3. Zwischenergebnis	331
B. Gemeinschaftsrechtliche Vorfragen	331
I. Die vom Gerichtshof aufgestellten Grundsätze	331
II. Die gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben	334
1. Art. 10, ex-Art. 5 und Art. 249, ex-Art. 189 Abs. 3 EGV als gemeinschaftsrechtlicher Ursprung einer Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung	335
a. Überblick	335
b. Stellungnahme	336
2. Gegenstand der richtlinienkonformen Auslegung	339
a. Umsetzungsrecht und sonstiges nationales Recht	339
b. Strafrecht	340
3. Der Umfang der Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung	342
4. Vorrang der richtlinienkonformen Auslegung	344
a. Exkurs: Sperrwirkung und Maßstabsfunktion der Richtlinie?	344
aa. Sperrwirkung der Richtlinie	344
bb. Die Richtlinie als Maßstabsnorm	347
b. Zum Vorrang der richtlinienkonformen Auslegung	350
aa. Überblick	350
bb. Kein Vorrang der richtlinienkonformen Auslegung	351
cc. Die richtlinienkonforme Auslegung als Vorzugsregel	353
dd. Zwischenergebnis	354
C. Grundfragen richtlinienkonformer Auslegung im Strafrecht	355
I. Verfassungsrechtliche Bindungen	355
II. Das nationale Recht als Ausgangspunkt der richtlinienkonformen Auslegung	359
1. Auslegungsfähigkeit des nationalen Rechts	359

2. Keine Gefährdung der Auslegungsgrenzen im Strafrecht durch den Gerichtshof	360
III. Zur Entscheidung „Kolpinghuis Nijmegen“	362
IV. Zwischenergebnis	367
V. Das Problem detaillierter Richtlinienvorgaben	367
VI. Detaillierte Richtlinienvorgaben aus strafrechtlicher Sicht	370
1. Das Beispiel der Geldwäscherichtlinie	370
a. Bedeutung der Kompetenzfrage	371
b. Methodische Grundprobleme	373
aa. Zur Abgrenzung von detaillierter Vorgabe und Gestaltungsspielraum	374
bb. Inhaltliche Divergenzen eines Begriffs trotz orthographischer Identität	377
cc. Das Sprachenbabylon der Gemeinschaft	378
dd. Unbestimmtheit durch detaillierte Vorgaben?	379
2. Zwischenergebnis	379
VII. Ausmaß und Grenzen der richtlinienkonformen Auslegung im Strafrecht	380
1. Der Gerichtshof zu den Grenzen der richtlinienkonformen Auslegung im Strafrecht	380
a. „Kolpinghuis Nijmegen“	380
b. Der Fall „Arcaro“	383
c. „Telecom Italia“	385
d. Der Fall „Cantoni“	389
2. Die Grenzen der Auslegung von richtlinienmodifizierten Bezugstatbeständen	389
3. Die richtlinienbedingte Normspaltung	390
a. Zur Normspaltung im nationalen Recht	391
b. Gründe für eine richtlinienbedingte Normspaltung	394
4. Zwischenresümee	396
D. Die Methodik richtlinienkonformer Auslegung im Strafrecht	397
I. Zur Notwendigkeit methodischer Überlegungen	397
II. Überblick zur Auslegungsmethodik im Gemeinschaftsrecht	397
1. Die grammatikalische Auslegung	398
a. Wortlaut und Wortsinn	398
b. Wortlaut und synoptische Textkritik	399
c. Wortsinn	400
2. Die systematische Auslegung	401
3. Die teleologische Auslegung	401
4. Die historische Auslegung	402
III. Wiederkehrende Gesichtspunkte der richtlinienkonformen Auslegung	403
1. Rechtsgrundlage	404
2. Aufbau der Richtlinie	404
3. Die Erwägungsgründe	405

4. Höchst- und Mindeststandards	405
a. Beispiel: BayObLGSt 1992, 105 ff.	406
b. Beispiel: BayObLGSt 1996, 117 ff.	407
c. Konsequenzen	407
5. Gleichstellungserfordernis	407
IV. Die mehrphasige Auslegung	408
1. Geschriebenes und ungeschriebenes Primärrecht	409
2. Eigenständige Bedeutung des Primärrechts für die Auslegung	410
a. Primärrechtliche Begrenzungen trotz grundsätzlicher Zulässigkeit strengerer Regelungen	410
aa. Der Fall „Skanavi“	411
bb. Artt. 28, 30, ex-Artt. 30, 36 EGV am Beispiel des Wettbewerbs- rechts	414
cc. Die Cassis-Rechtsprechung des Gerichtshofs	415
b. Normenübergreifende Ausstrahlung des Art. 28, ex-Art. 30 EGV im Zuge der richtlinienkonformen Auslegung am Beispiel des Lebens- mittelstraftsrechts	416
aa. Die Etikettierungsvorschriften für Lebensmittel	417
bb. Lebensmittelrechtliche Täuschung trotz ordnungsgemäßer Etikettierung?	418
cc. Wettbewerbsrechtliche Täuschung?	420
dd. Die Verbindung zum Strafrecht	421
c. Bedeutung des Primärrechts für die Auslegung einzelner Richtlinien- inhalte	422
d. Funktion einer mehrphasigen Auslegung	425
3. Ergebnis	427
V. Auslegung und Verdrängung	427
1. Die Verdrängung als Rechtskonflikt	428
2. Verdrängung und Auslegung am Beispiel des Bilanzstraftsrechts	429
a. Das Strafrecht als strengere Lösung?	430
b. § 331 Abs. 1 Nr. 1 HGB und das Verbot der strengeren Lösung	430
aa. Auslegung des Richtlinienartikels	431
bb. Auslegung der Erwägungsgründe	431
cc. Gleichstellungserfordernis	432
dd. Verbot der strengeren Lösung?	432
ee. Das stand-still Gebot	433
ff. Beachtung des Primärrechts	435
c. Ergebnis	435
E. Was heißt Richtlinienkonformität?	437
I. Einleitung	437
II. Umsetzungsbedingte Auslegungsprobleme des Urheberstraftsrechts	438
1. Die EG-Richtlinie über den Rechtsschutz von Computerprogrammen	438
2. Der strafrechtliche Kontext	438

3. Problemdeutung	440
4. Kein Verstoß gegen Art. 103 Abs. 2 GG	442
a. Analyse des Richtlinientextes	442
b. Das Gleichstellungserfordernis	443
c. Zwischenergebnis	443
d. Konsequenzen	443
aa. Kein sklavischer Gehorsam trotz wortgetreuer Umsetzung	443
bb. Keine Richtlinienkonformität als Selbstzweck	444
III. Exkurs: Die Gefahr einer Extension der Strafnorm ohne kriminalpolitische Willensbildung	445
1. Notwendigkeit kriminalpolitischer Willensbildung	445
2. Die kriminalpolitisch unreflektierte Extension der Strafnorm	446
3. Die versteckte Verschiebung von Rechtssetzungskompetenzen	448
IV. Kein Automatismus einer richtlinienkonformen Auslegung im Strafrecht	449
V. Gemeinschaftsrechtliche Aspekte	450
VI. Zwischenergebnis	451
VII. Lösungsvorschlag: Das mehrphasige Auslegungsmodell	451
1. Die erste Phase: Auslegung des nationalen Rechts	451
2. Die zweite Phase: Auslegung der Richtlinie	451
3. Die dritte Phase: Teleologische Gesamtschau von nationalem Strafrecht und Gemeinschaftsrecht	452
VIII. Zum Inhalt der Vorzugsregel	453
1. Die Vorzugsregel am Beispiel des Insiderr Strafrechts	453
a. Das Transaktionsverbot nach deutschem Recht	454
b. Zwei Beispiele für eine richtlinienkonforme Auslegung	454
2. Der Verbindlichkeitsgrad der Richtlinienvorgaben für die strafrechtliche Auslegung	456
3. Die Vorzugsregel am Beispiel des Jahresabschlußbegriffs des § 331 Abs. 1 Nr. 1 HGB	457
a. Das innerstaatliche Auslegungsproblem	458
b. Die richtlinienkonforme Auslegung des Merkmals	458
aa. Auslegungsfähigkeit des nationalen Rechts	459
bb. Auslegung der Richtlinie	459
cc. Teleologische Gesamtschau	460
4. Umsetzungsfrist und Vorzugsregel	461
a. Keine Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung vor Ablauf der Umsetzungsfrist	461
b. Auslegungsgrenzen nach Art. 103 Abs. 2 GG	463
c. Richtlinienkonforme Auslegung vor Ablauf der Umsetzungsfrist	464
d. Ergebnis	465
Literaturverzeichnis	467
Sachregister	501